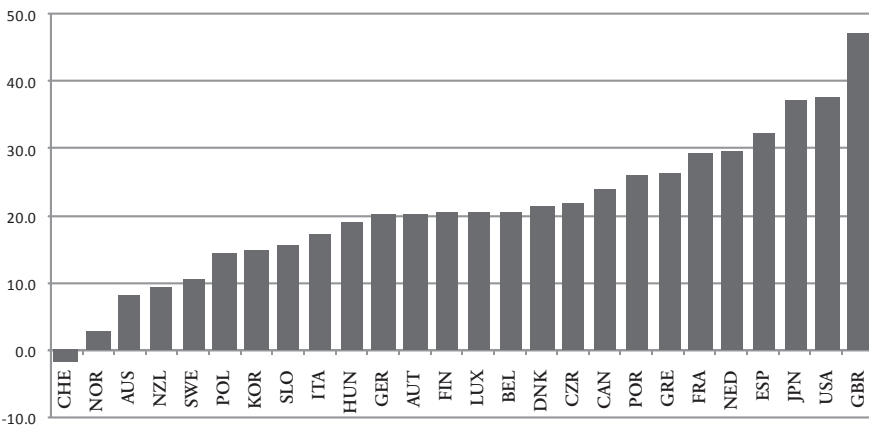


Welche Rolle hat der Staat in der Wirtschaft?

Dr. Pascal GENTINETTA, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse

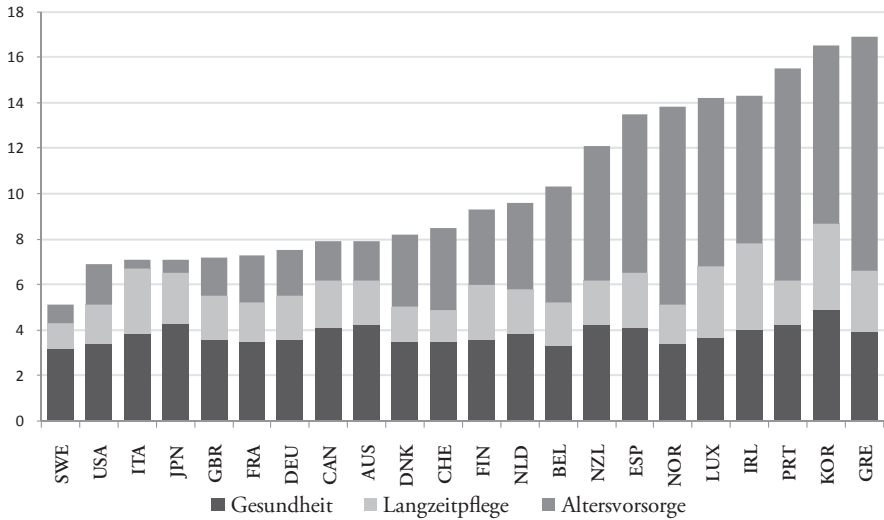
Wir haben wirtschaftlich eine ausgesprochen intensive Zeit hinter uns. Was mit dem Platzen einer Immobilienblase ab 2004 begann, weitete sich rasant zu einer globalen Vertrauens- und Finanzkrise aus und führte schliesslich zu einem Konjunkturreinbruch, dessen Stärke und Dauer erst langsam abschätzbar wird. Noch sind die Folgen nicht vollends antizipierbar; der Abschreibungsbedarf im weltweiten Bankensystem ist auch zu Beginn des Jahres 2010 weiterhin erheblich. Zudem haben die verschiedensten staatlichen Interventionen ökonomische Ungleichgewichte geschaffen, die mittel- bis langfristig korrigiert werden müssen. Zwar konnten die Notenbanken und Regierungen der Länder durch ihre Massnahmen kurzfristig eine gewisse Stabilität wiederherstellen. Das meiste Geld wurde jedoch auf Pump eingeschossen und muss in der Zukunft an die Gläubiger (oder mittels Inflation) zurück bezahlt werden.

Damit man es hier richtig versteht: Viele der staatlichen Hilfeleistungen waren fundamental wichtig, damit der Wirtschaftskreislauf weiter funktionieren konnte. Das im internationalen Vergleich gezielte Eingreifen des Bundes und der Schweizer Nationalbank zur Unterstützung der UBS waren beispielsweise unabwendbar. Hätten sie es nicht getan, wäre ein Blackout der Schweizer Wirtschaft, wenn nicht gar der Weltwirtschaft, wahrscheinlich gewesen. Inzwischen wurde dem Bund das krisenhaft eingesetzte Kapital mit sattem Gewinn sogar zurückbezahlt. Dennoch lässt sich jetzt, nachdem sich der Sturm ein wenig gelegt hat, erkennen, dass die einzelnen Länder finanziell unterschiedlich stark und mit unterschiedlichem Glück in die Märkte eingegriffen haben. Das lag sicherlich auch an den unterschiedlichen Problemen, mit denen die verschiedenen Gesellschaften konfrontiert waren. Aber nicht nur! Grafik 1



Grafik 1: Zunahme der Schulden 2007 – 2010 gegenüber dem Jahr 2007 (in % des BIP)

Quelle: OECD Economic Outlook No. 86 (Dezember 2009)



Graphik 2: Starker langfristiger Ausgabendruck pro Jahr in der OECD (zusätzliche Ausgaben in % des BIP 2005 – 2050)
 Quelle: OECD Economic Outlook No. 86 (Dezember 2009)

zeigt die Zunahme der Staatsverschuldung verschiedenster Länder. Wie man sieht, haben sich in vielen Ländern in nur sehr kurzer Zeit extreme zusätzliche Schulden angehäuft.

Vielfach waren die staatlichen Interventionen nicht einzig deshalb getätigt worden, um tatsächlich das Überleben des Wirtschaftssystems sicherzustellen. Politischer Opportunismus war ebenfalls ein häufiger Beweggrund, und so manch ein Minister, per definitionem der Diener seines Volkes, handelte in erster Linie als Diener seiner eigenen Wiederwahl oder seiner kurzfristigen Popularität.

Man muss den Politikern zugutehalten, dass es keine Patentrezepte zur Bewältigung der Krise gab. Dennoch sahen sich einige Entscheidungsträger durch die weltweit einschneidende Situation ermutigt, den Staat und seine Aufgaben neu erfinden zu wollen, um ihm stärkeres Gewicht zu geben. Dieses Verhalten ist typisch. Bereits viele Krisen wurden fälschlicherweise als der Beginn einer neuen Zeitrechnung interpretiert, ab der neue Regeln zu gelten haben. Noch ist es zu früh, um festzustellen, welches politische

Eingreifen sinnvoll und welches einfach nur teuer war. Ersichtlich wird jedoch, dass sich etliche Länder Probleme aufgebürdet haben, die ihre Handlungsfreiheit begrenzen und die von zukünftigen Generationen gelöst werden müssen. Denn neben diesen – durch die Krise ausgelösten - diskretionären Ausgaben stehen die Industriestaaten aufgrund der demografischen Entwicklung sowie aufgrund zunehmender Sozial- und Gesundheitskosten einem starkem Ausgabendruck in den kommenden Jahren gegenüber, der bereits heute antizipierbar ist. Die OECD hat berechnet, dass bei unveränderter Politik bis ins Jahr 2050 im Durchschnitt Mehrausgaben in der Höhe von 10 Prozent des BIP anfallen; die Kosten der Bankenkrise und des Konjunkturabschwungs nicht eingerechnet. Graphik 2 verdeutlicht dies.

Die Herausforderungen, die an den Staat zukünftig gestellt werden, sind also enorm. Für diese gerüstet zu sein, erfordert Stärke. Und Stärke erreicht er dann, wenn er sich auf seine wesentlichen Aufgaben von Beginn weg konzentriert.

Es wird der Wirtschaft oft unterstellt, sie wolle nur einen schwachen Staat. Das Gegenteil ist der Fall! Dabei wird angefügt, die Wirtschaft setze sich zu wenig für soziale Belange und Gerechtigkeit ein. Das Gegenteil ist der Fall! Richtig ist, dass wir einen schlanken Staat wollen, der aber mit der vollen Konzentration seiner Kräfte seine Kernaufgaben vollumfänglich wahrnehmen kann. Dies kann er nur, wenn er sich nicht verzettelt, wenn seine Ziele nicht politisch zerrieben werden und wenn seine Handlungen nachhaltig sind. Wie schnell der Staat den Kern seiner Aufgaben aus den Augen verlieren kann, wird klar, wenn wir sehen, wie bereits heute viele Länder mit der finanziellen Last ihre Schulden nicht mehr klar kommen und massive Sparmassnahmen einleiten müssen. Dies trifft dann oft die Schwächsten einer Gesellschaft. Und was kurzfristig vielleicht gut gemeint oder opportun war, entpuppt sich langfristig als Schuldenfalle.

Wie ist jedoch ein nachhaltiger starker, jedoch schlanker Staat zu gestalten? Dafür braucht es einen klaren Kompass, der auf einer freiheitlichen Vision des Staates beruht. Man muss sich zuerst bewusst sein, dass nicht Politiker den Staat ausmachen, und es sind auch nicht Parteien oder Behörden. Im Mittelpunkt muss der Bürger stehen. Ein starker Staat ist also in erster Linie durch starke Bürger garantiert. Dies erfordert auch, dass diese von ihrer Gesellschaft nicht entmündigt werden. Dem Bürger ist die Eigenverantwortung und die Selbstbestimmung der Handlungen möglichst zu belassen. Ihm gilt es zu überlassen, seine Geschicke selbst zu leiten. Die privatrechtliche Freiheit, die dort aufhört, wo die Freiheit des Anderen beginnt, ist zu halten und zu schützen. Die Selbstbestimmung im politischen Prozess und die Möglichkeit, wirtschaftlich frei und autonom zu agieren, sind entsprechend die

Grundpfeiler, dass die Menschen eines Landes sich entfalten können und damit Stärke gewinnen.

Und der Staat selbst? Neben den klassischen Aufgaben wie Justiz, Sicherheit und Zahlungsmittel, die für die Gewährleistung einer freien Gesellschaft und einer funktionierenden Marktwirtschaft als Voraussetzung gelten, obliegt dem Staat die Aufgabe, für diejenigen Güter und Dienstleistungen zu sorgen, die für die Mehrheit der Bürger zwar wünschenswert sind, die sie durch ihr individuelles Handeln und autonomes soziales Interagieren jedoch nicht selbst anbieten können. Anders formuliert muss der Staat den Einzelnen bei der Ausübung seiner Eigenverantwortung dort unterstützen, wo dieser es selbst nicht kann.

Dies betrifft erstens die Schaffung von „Zugangsmöglichkeiten“ in Form von Gütern, zu denen alle gleichen Zugang im Sinne einer Chancengleichheit ohne Nivellierung haben sollten: Die Bürger sollen die Möglichkeit haben, ihre Fähigkeiten zu gebrauchen und zu entfalten. Der Staat soll deshalb jeder Generation, eine gute, begabungs- und leistungsgerechte Grundausbildung gewähren. Zudem soll er jeder Person zur Teilnahme an einem System einer lebenslangen Grundversorgung mit medizinischen Dienstleistungen verpflichten und berechtigen. Weiter fällt ein flächendeckendes Grundangebot an wichtigen Infrastrukturleistungen unter diesen Bereich, damit alle Regionen gleiche Startchancen haben. Und schliesslich beinhaltet es die Aufgabe, zur Sicherung des Existenzminimums ein Auffangnetz (letzter Instanz) zu spannen. Bei dieser ist dabei die Bedarfsgerechtigkeit entscheidend, um nicht private Solidarität zu verdrängen.

Zweitens soll der Staat bei *erwiesener Nichtfunktionieren* des Marktes eingreifen. Dies ist ein schwieriges Unterfangen. Denn ob ein Marktversagen in Tat und Wahrheit

vorliegt, ist oftmals schwierig zu eruieren. Zudem kann auch dann, wenn dieser Beweis erbracht ist, ein staatliches Eingreifen ökonomisch ineffizient sein. Deshalb ist dort, wo staatliche Aktivität keine eindeutige ökonomische Rechtfertigung findet, nach dem Prinzip „in dubio pro libertate“ zu verfahren. Diese Frage stellt sich insbesondere bei infrastrukturellen Marktöffnungen bzw. Privatisierungsfragen.

Im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs haben viele Länder ihre Staatsaufgaben künstlich erweitert und zum Teil Industriepolitik betrieben, oft mit protektionistischen Hintergedanken. Dies ist langfristig nicht nachhaltig. Nicht nur erhalten sie damit künstlich wirtschaftlich nicht lebensfähige Strukturen auf. Sie haben dabei auch vergessen, für schwierigere Zeiten, in denen wir uns jetzt befinden, ein finanzielles Polster zu hinterlegen. Es ist zu wiederholen: Ein punktuelles, gezieltes Stützen des Bankensektors und die Rückgewinnung des Vertrauens in die Märkte ab Herbst 2008 war essentiell und entspricht einer dieser Kernaufgaben des Staates; eben bei Marktversagen hoheitlich einzugreifen. Viele Regierungen haben aber inzwischen realisiert, dass ihr Engagement in der Krise ungezielt war und ihr finanzielles Fundament dafür nicht ausreichend ist bzw. in Zukunft nicht mehr ausreichend sein wird. Einige Regierungen sind für die heutigen Herausforderungen schlicht nicht mehr gewappnet, so dass inskünftig zentrale Funktionen des Staates vielerorts nicht oder nur beschränkt wahrgenommen werden können.

Schliesslich gilt es daran zu erinnern, dass gegenwärtig durch das günstige Geld der Notenbanken eine zusätzliche Verschuldung leicht möglich war und noch ist. Doch diese Überschussliquidität muss früher oder später durch die Zentralbanken wieder zurück geführt werden. Als Folge wird eine Refinanzierung der Kredite schwieriger. Dies macht

deutlich, dass die konjunkturellen Risiken in den nächsten Jahren also beträchtlich sind. Viele Regierungen tragen eine Mitschuld. Sie haben ihre strukturellen Probleme in der wirtschaftlichen Hochphase nicht ausreichend gelöst.

Welche Rolle hat der Staat aus Sicht der Wirtschaft? Es ist es eine bescheidende und schlanke, aber auch eine beständige und nachhaltige. Und sie ist gerade in den jetzigen Zeiten, in der Krise, gezielt, aber vollends in der Schweiz zur Geltung gekommen. Wir sind für weitere Herausforderungen vergleichsweise besser gerüstet. Andere Länder weniger. Aus der Krise kann damit unser Land längerfristig auch Kapital schlagen.